

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Ausschuss für Weinbau, Landwirtschaft und Forsten	28.08.2025	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	14:30 - 15:55 Uhr

Öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzender

Schriftführer

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet Bürgermeisterin Natalie Bauernschmitt das stellvertretende FDP-Ausschussmitglied Fabian Sieber gem. § 30 Abs. 2 Satz 1 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.



Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Fortschreibung Flächennutzungsplan
hier: Billigung des Entwurfes zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB
- 2 Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben - Bedarfsgerechter Ausbau der B 37 zwischen der AS Friedelsheim und Verzweigung Bad Dürkheim Ost (Verbesserungsmaßnahme)
hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Weinbau, Landwirtschaft und Forsten

vom 28.08.2025

Vorsitzender:

Ester, Gerd

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

CDU:

Bart, Rolf
Brand, Thorsten
Busch, Bastian
Darting, Helmut
Freund, Martin
Trautwein, Torsten
Wolf, Andreas

SPD:

Mackensen-Geis, Isabel
Neu, Friedhelm
Renzelmann, Dirk

ab 14:52 Uhr
Vertretung für Herrn Karlheinz Bayer

FWG:

Fest, Daniel
Krick, Frank
Schmitt, Jochen

ab 14:45 Uhr

FDP:

Schacht, Thorsten
Sieber, Fabian

Vertretung für Herrn Jan Eymael

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Brenzinger, Kristof, Dr.
Hoffmann, Anja
Mühlbeier, Ralph

Vertretung für Frau Sibylle Heißler

Schriftführer:

Friedrich, Dirk

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Fortschreibung Flächennutzungsplan

hier: Billigung des Entwurfes zur Durchführung der Beteiligungsverfahren gem. § 3 Abs. 2

BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB

Vorlage: 2025/0162/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert das bisherige Verfahren und die Beschlussvorlage.

Die Ausschussmitglieder haben keine Anmerkungen.

Anmerkung:

Ausschussmitglied Daniel Fest trifft um 14:45 Uhr zur Sitzung ein.

Beschlussvorschlag:

Der überarbeitete Entwurf des Flächennutzungsplans und des Landschaftsplans wird zur Durchführung der förmlichen Beteiligungsverfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB gebilligt. Auf dieser Grundlage sind die v. g. förmlichen Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 2:

Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben - Bedarfsgerechter Ausbau der B 37 zwischen der AS Friedelsheim und Verzweigung Bad Dürkheim Ost (Verbesserungsmaßnahme)

hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Vorlage: 2025/0108/2.1

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein und erläutert die bisherige Historie.

AM Günther teilt mit, dass bei einer Ablehnung des heutigen Beschlussvorschlags keine ausgearbeitete Stellungnahme für den Landesbetrieb Mobilität (LBM) vorläge. Der Beschlussvorschlag solle daher geändert werden. Bürgermeisterin Bauernschmitt erklärt, dass die Stadt Bad Dürkheim in jedem Fall eine Stellungnahme abgeben werde. Eine Fristverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme sei beantragt und gewährt worden.

Anmerkung:

Das stellvertretende Ausschussmitglied Dirk Renzelmann trifft um 14:52 Uhr zur Sitzung ein.

AM Lang teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die Fraktionsmitglieder unterschiedlicher Auffassung seien. Es bestünde die Sorge, dass wirtschaftliche Einbußen zu befürchten seien. Man habe viele Gespräche mit Pendlern und Winzern geführt. Ein Grund für einen Ausbau in diesem Umfang sei in diesem Personenkreis nicht erkennbar.

Nach deren Auffassung entstünden Staus vor allem durch Feste. Die eigentlichen Verkehrsprobleme lägen vielmehr innerhalb der Stadt, insbesondere im Bereich Kanalstraße, Pfeffinger Kreisel und Gewerbegebiet. Es würden erhebliche Steuergelder aufgewendet, ohne dass für die Stadt ein Mehrwert erkennbar sei. Die Verkehrszahlen seien nicht gestiegen, sodass die Notwendigkeit des Ausbaus aus Sicht der SPD-Fraktion nicht gegeben sei. AM Lang weist zudem darauf hin, dass der Bau auch dann umgesetzt werden könnte, wenn die Stadt dem Ausbau nicht zustimme.

Bürgermeisterin Bauernschmitt macht darauf aufmerksam, dass die hierfür vorgesehenen Gelder nicht an anderer Stelle in Bad Dürkheim ausgegeben werden könnten. Die Maßnahmen könnten jedoch mit einer notwendigen Sanierung möglicherweise gekoppelt werden.

AM Hagen spricht sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen das Projekt aus. Die Maßnahme sei nicht zeitgemäß und nicht sinnvoll. Zudem sei die Stellungnahme des Klimabeirats nicht in die Entscheidungsgrundlage eingebunden worden.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt dazu mit, dass die Stellungnahme des Klimabeiratsvorsitzenden der Sitzungsvorlage beiläge.

AM Brodhag erklärt für die FDP-Fraktion, dass die Gefährlichkeit der Kreuzung des landwirtschaftlichen Verkehrs nach seiner Auffassung inzwischen nicht mehr gegeben sei. Es stelle sich die Frage, ob die vorgesehene Unterführung tatsächlich notwendig sei. Von dem Ausbau würden rund 20.000 Autofahrer profitieren, während nur sechs bis sieben Winzer einen Vorteil von der Unterführung hätten. Die Notwendigkeit der Unterführung sei daher zu hinterfragen. Im Übrigen werde das Projekt von der FDP-Fraktion befürwortet.

Beigeordneter Ester betont, dass die geplante Unterführung von großer Bedeutung sei. Das Überqueren der Fahrbahn sei insbesondere für Fahrzeuge mit Anhänger sehr schwierig. Bereits am Neuberg stelle sich die Situation als problematisch dar, an der vorgesehenen Stelle wäre sie noch herausfordernder. Für die Landwirtschaft sei die Unterführung daher zwingend erforderlich. Sie sei von der Stadt beim LBM ausdrücklich eingefordert worden.

AM Hoffmann spricht sich für die geplante Unterführung aus. Unter Hinweis auf das Mobilitätskonzept betont sie, dass der KFZ-Verkehr reduziert und der Radverkehr gestärkt werden solle. Unklar sei jedoch, wie eine Kompensation für den zunehmenden Autoverkehr erfolgen solle.

AM Dormann berichtet, dass aus der Bürgerschaft die Rückmeldung erfolgt sei, dass ein Ausbau der B 37 nicht notwendig sei. Vielmehr solle das Geld in Schulen, Kindergärten und vergleichbare Einrichtungen investiert werden. Nach einer vorliegenden Wirtschaftsstudie sei die Verkehrssituation als gut bewertet worden, sodass kein Problem gesehen werde.

AM Wolf berichtet, dass es innerhalb seiner Fraktion unterschiedliche Auffassungen gebe. Es wird ausgeführt, dass ein Ausbau erforderlich sei, da es sich um eine Investition in die Infrastruktur handle. Bereits heute würden auf einer zweispurigen Straße ohne Seitenstreifen rund 21.000 Fahrzeuge gezählt, künftig seien bis zu 25.000 Fahrzeuge zu erwarten. Der Ausbau werde daher benötigt. Es wird kritisiert, dass der LBM für das Verfahren zu lange gebraucht habe und ein zeitnaher Ausbau nicht ersichtlich sei. Es handle sich jedoch um einen Lückenschluss, der schon immer vorgesehen gewesen sei. Zudem stünden ohnehin Sanierungen an, die mit Sperrungen verbunden seien. Ohne Ausbau könnten diese zu noch stärkeren Einschränkungen

führen. Das wachsende Verkehrsaufkommen müsse aufgenommen werden. Die vorgesehene Unterführung sichere den landwirtschaftlichen Verkehr und sei auch für Rad- und Fußgängerverkehre von Bedeutung. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass eine Querung geschlossen werde, wenn es dort zu Konfliktpotenzial komme. Die eingehenden Stellungnahmen würden im weiteren Verfahren geprüft und in die Planung einfließen. Dabei sei auch die Stellungnahme des Weinbauvereins ausdrücklich zu berücksichtigen.

AM Schmitt führt aus, dass ein Ausbau in der vorgesehenen Form nicht notwendig sei. Die hierfür vorgesehenen Mittel könnten an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden. Zudem seien Einwände in der Vergangenheit nicht ausreichend berücksichtigt worden. Dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde er daher nicht zustimmen.

AM Mackensen-Geis weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Stadt möglichst umfassend und sorgfältig abzufassen sei. Sämtliche vorgebrachten Argumente müssten darin berücksichtigt werden. Dabei solle auch ein ausdrücklicher Hinweis auf den Schutz der Natur aufgenommen werden. Zudem sei es von Bedeutung, die Stellungnahme des Klimabeirats in die Entscheidungsgrundlage einzubeziehen.

AM Mühlbeier erklärt, dass er dem Vorhaben auf keinen Fall zustimmen könne. Verschiedene Beschlüsse der vergangenen Jahre stünden dem entgegen.

Herr Wietschorke führt aus, dass es sich um eine Strecke von 1,4 km handle. Die Baustelle könne auf dieser Länge zeitlich gut planbar umgesetzt werden.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass es sich um eine ältere, überregionale Straßenplanung handle, die seinerzeit als notwendig erachtet worden sei. Der vierspurige Ausbau sei zudem was den Flächenverbrauch angeht sparsamer geplant als in Richtung Ludwigshafen.

AM Brenzinger wirft die Frage auf, ob der Bau der Unterführung im Bereich der Deponie berücksichtigt worden sei. Nördlich lägen Deponien, insbesondere die Friedelsheimer Deponie, die von der Maßnahme betroffen sein könnte. Herr Wietschorke erläutert, dass davon auszugehen ist, dass der LBM dies bereits in der Vorplanung beachtet habe.

Zugleich weist AM Brenzinger darauf hin, dass Prognosen keine gesicherten Fakten darstellten und unklar sei, ob die angenommene Entwicklung tatsächlich eintrete. Der Nutzen des Projekts erschließe sich daher nicht. Die voraussichtlichen Baukosten könnten sich infolge von Inflation und Mehrkosten auf etwa 10 Mio. Euro belaufen.

AM Günther fasst die Diskussion zusammen und schlägt einen Beschlussvorschlag vor.

Bürgermeisterin Bauernschmitt weist darauf hin, dass die Frist zur Abgabe der Stellungnahme bis zum 04.09.2025 laufe. Nach Auffassung des LBM stelle die derzeitige Situation keinen bedarfsgerechten Ausbau dar. Angesichts des bestehenden Verkehrsaufkommens müsse die Infrastruktur vielmehr bereits jetzt angepasst werden.

Frau Müller stellt klar, dass sich der LBM mit dem Thema Emissionen befasst habe. Diese Thematik habe der LBM im Rahmen eines Fachbeitrags prüfen müssen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Beschlussvorschlag vor dem Hintergrund der Beratung zu ergänzen. Die Stadt fordert mit Nachdruck, dass im weiteren Verfahren folgende Punkte berücksichtigt werden:

Die Stadt Bad Dürkheim habe sich in ihrem Klimaschutzkonzept verpflichtet, Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen zu ergreifen. Im vorliegenden Planfeststellungsverfahren sei jedoch nicht dargestellt, wie die zusätzlichen Emissionen durch den Verkehr sowie die örtlichen Belastungen reduziert werden sollen.

Beschluss:

Die Stadt Bad Dürkheim stimmt der Planung für den bedarfsgerechten Ausbau der B 37 zwischen der AS Friedelsheim und der Verzweigung Bad Dürkheim Ost zu.

Die Stadt fordert mit Nachdruck, die von der Landwirtschaftskammer geforderten Belange in die weitere Planung miteinzubringen und nachfolgende Punkte im laufenden Verfahren einer weiteren Prüfung zu unterziehen:

- Reduzierung der in Anspruch genommenen Weinbaufläche auf das benötigte Mindestmaß, sowohl für den Straßenkörper als auch für landespflegerische Maßnahmen
- Abstimmung der zur Anpflanzung vorgesehenen Bäume und Sträucher mit dem DLR
- Berücksichtigung von Ausweichbuchten bei der Wirtschaftswegunterführung
- Der Rückbau des Wirtschaftswegs km 0,135 km bis km 0,262 sollte durch eine Befestigung des Weges Fl.Nr. 8965 und Fl.Nr. 8949 kompensiert werden.
- Bad Dürkheim hat sich in seinem Klimaschutzkonzept verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die die Emission reduzieren. In Ihrem Planfeststellungsverfahren ist nicht ausgeführt, wie Sie die zusätzlichen Emissionen durch den Verkehr und bei uns vor Ort reduziert werden.

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt mit Stimmenmehrheit
Ja: 11 , Nein: 7 , Enthaltung: 1 , Befangen: 0

Nachrichtlich Bau- und Entwicklungsausschuss

Abstimmungsergebnis: Zugestimmt mit Stimmenmehrheit
Ja: 10 , Nein: 7 , Enthaltung: 2 , Befangen: 0

Anmerkung:

Der Vorsitzende, Beigeordneter Gerd Ester, schließt die Sitzung um 15:55 Uhr.